

## THEMA

H1N1-GRIPPE

# Kein Schwein gehabt

Pia Oppel

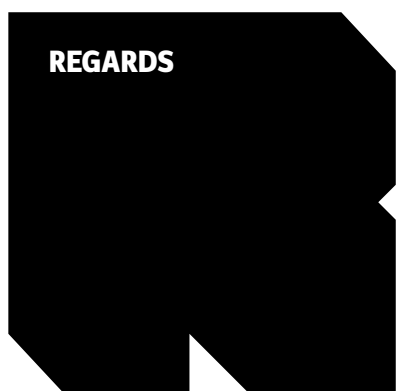
**Ein Bericht der parlamentarischen Versammlung des Europarats erhebt gegen die Weltgesundheitsorganisation den Vorwurf, ihre Präventionsmaßnahmen vor der Schweinegrippe nach den Wünschen der Pharmaindustrie gestaltet zu haben.**

In dem mexikanischen Städtchen La Gloria steht die lebensgroße Statue eines kleinen Jungen, der einen Frosch in der Hand hält. Es ist das Bildnis des fünfjährigen Edgar Hernandez, der als erster Mensch an der Schweinegrippe erkrankte - und sie überlebte. Symbolisch für seinen Sieg über die Krankheit steht der Frosch, mit dem er spielt. Edgar wurde im März 2009 als „Patient Null“ einer angekündigten Pandemie berühmt, und sein Schicksal ist beispielhaft für den Verlauf der Grippewelle. Auf eine riesige Panik - die Regierungen reicher Industriestaaten wetteiferten im Hamsterkauf teurer Impfstoffe, das öffentliche Leben in mehreren südamerikanischen Städten erstarb für Wochen, die iranische Regierung verbot im August 2009 Pilgerreisen nach Mekka - folgte betretene Stille als eine ernüchternde Bilanz sich abzeichnete: Weltweit erlagen schätzungsweise 18.000 Menschen dem H1N1-Virus, während herkömmliche Grippeviren jährlich etwa 500.000 Todesopfer fordern. Waren also die Befürchtungen, die Schweinegrippe könnte ähnlich verheerend wüten wie die spanische Grippe nach dem Ersten Weltkrieg, präventionsmedi-

zinisch wirklich gerechtfertigt? Oder war die groteske Fehleinschätzung das Resultat eines genialen Marketingcoups der Pharmalobby?

Kritik an der Impfhysterie, die der Pharmaindustrie nach Informationen der JP Morgan Bank im Jahr 2009 Profite zwischen sieben und neun Milliarden Dollar eingebracht haben soll, gab es von Beginn an. Zweifel an der Wirksamkeit der Impfungen und Bedenken bezüglich möglicher Gesundheitsrisiken konnten bis heute nicht völlig ausgeräumt werden. Die weit verbreitete Skepsis hat denn auch dazu geführt, dass sich in Luxemburg nur rund 33.000 Menschen gegen die Schweinegrippe impfen ließen - bezeichnenderweise war die Impfquote beim medizinischen Personal besonders niedrig. Die Regierung hatte jedoch mit einer massenhaften Nachfrage gerechnet, 700.000 Impfdosen bestellt und auch deren schnelle Lieferung sichergestellt, indem sie einen Exklusivvertrag über 2,5 Millionen Euro mit dem Pharmakonzern GlaxoSmithKline abschloss.

Andere Länder bleiben jetzt ebenfalls auf den unnützen, bald ablaufenden Impfvorräten sitzen, die tiefe Löcher in die öffentlichen Gesundheitsetats gerissen haben. Wie es so weit kommen konnte, hat die parlamentarische Versammlung des Europarats in einem im Juni verabschiedeten Hintergrundbericht zu erklären versucht. Scharfe Kritik erntet in erster Linie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die unter dem Verdacht



Auch US-Präsident Barack Obama ließ sich gegen die Schweinegrippe impfen. Für seine Mitbürger kaufte er 200 Millionen Dosen des teuren Impfstoffs, den eigentlich keiner brauchte.



© OFFICIAL WHITE HOUSE PHOTO BY PETE SOUZA

steht, im Interesse der Pharmalobby gehandelt zu haben.

Ein Blick auf die Abläufe: Am 25. April 2009 berief WHO-Generaldirektorin Margaret Chan ein Notfall-Komitee ein, von dessen Empfehlungen alle weiteren Entscheidungen abhingen. Ein Artikel im British Medical Journal vom 4. Juni 2010 gibt an, aufgrund anonymer Quellen stünden mindestens elf der fünfzehn Mitglieder der Expertengruppe in dem Verdacht, sich aufgrund von Beziehungen zur Pharmaindustrie, in einem klaren Interessenkonflikt zu befinden. Trotz der Vorwürfe seitens der renommierten Wissenschaftszeitschrift British Medical Journal weigert die WHO sich bis heute, die Identität der Betroffenen öffentlich zu machen.

### **Spielregeln dem Spielverlauf anpassen**

Noch zweifelhafter erscheint das Verhalten der Gesundheitsorganisation, die im April 2009 kommentarlos die Definition des Begriffs „Pandemie“ änderte und so überhaupt erst die Voraussetzung dafür schuf, am 11. Juni die höchste Alarmstufe auszurufen. Das entscheidende Kriterium, nämlich die extrem hohe Zahl von Todesopfern, war einfach gestrichen worden. Obwohl es zu diesem Zeitpunkt weltweit erst 144 Opfer der Schweinegrippe gab, waren die Staaten daher gezwungen, nationale Notprogramme einzuleiten – sprich, Impfkampagnen zu lancieren. Eine

stichhaltige Begründung für den Eingriff gab die WHO bis heute nicht bekannt. Im Grundsatz unterstellt der Bericht der Parlamentarischen Versammlung des Europarats der WHO fahrlässige Panikmache, mit der sie das Vertrauen in ihre Strukturen empfindlich beschädigt habe.

Der grüne Abgeordnete Jean Huss äußerte bei einer Pressekonferenz vergangene Woche noch weitere reichende Bedenken. Er vermutet hinter der in der jüngsten Vergangenheit in regelmäßigen Abständen auftretenden Angst vor Grippepandemien – SARS (2001), Vogelgrippe (2005), Schweinegrippe (2009) – eine langfristig angelegte Inszenierung der Pharmaindustrie. „Die Konzerne missbrauchen die Angst der Politiker und der Bevölkerung vor den Risiken unserer eng vernetzten, globalisierten Welt, in der sich ein Grippevirus mit rasanter Geschwindigkeit verbreiten kann“, erläutert Huss und verweist auf die kritischen Kommentare des Grippe-Experten Tom Jefferson von der Cochrane Collaboration, einem weltweiten Netz unabhängiger Wissenschaftler. Jefferson warnt vor der Grippeviren-Hysterie mit der Begründung, die Pharmaindustrie sei an ihr interessiert, weil die Grippe zu der kleinen Zahl von Epidemien gehört, gegen die eine Impfung möglich ist – anders als virale Erkrankungen, die ebenfalls Grippe-symptome bewirken, gegen die aber nur Hygienemaßnahmen schützen. Zudem hält Jefferson auch bei der

Schweinegrippe gewissenhaftes Händewaschen für das probate – weil effizientere – Präventionsmittel.

Dennoch muss die Staatengemeinschaft natürlich gegen den Ernstfall gewappnet sein. Sie soll daher, so die Forderung des Berichts, das hauptsächlichste Instrument dieses Schutzes, die WHO, reformieren, damit es nicht länger dem Partikularinteresse der Pharmalobby ausgeliefert ist. „Mehr Transparenz!“ sei die einzige Lösung, weshalb die seit 1993 praktizierte „public private partnership“ abgeschafft und der Unterhalt der Organisation und ihrer Experten auf eine Finanzierung ausschließlich aus öffentlichen Mitteln umgestellt werden müssten.

Aber auch die nationalen Entscheidungsträger stehen in dem Verdacht, der Pharmalobby unnötig zuvorkommend zu begegnen. Am Beispiel Luxemburg können die engen Verstrickungen nachgezeichnet werden: Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo (LSAP) erklärte gegenüber der woxx, dass mit dem Pharmakonzern GlaxoSmithKline am 4. Juni 2009 ein Vertrag abgeschlossen wurde. Luxemburg sollte 700.000 Dosen des Impfstoffs „Pandemrix“ erhalten, sobald die WHO die höchste Alarmstufe ausrief. Der Minister bestätigte, dass eine unübliche Vertragsklausel den Konzern von der Haftung für unerwünschte Nebeneffekte ausnahm. Da alle Firmen die gleichen Bedingungen gestellt hätten, habe er keine Alternative gesehen, „außer der, gar keine Lieferungen zu bekommen.“ Ein

Vergleich mit der ähnlichen Situation in Polen widerlegt diese Behauptung einer Zwangslage: Die Gesundheitsministerin Ewa Kopacz, selber Ärztin, weigerte sich, einen derartigen Vertrag mit den Pharmakonzernen zu schließen und riet der polnischen Bevölkerung von einer Impfung ab.

Luxemburg konnte einen kleinen Teil seiner Bestellung im Wert von etwa 700.000 Euro stornieren und musste nach Informationen des Gesundheitsministers dafür keine Entschädigung zahlen. Dennoch äußerte der Minister Kritik am Ablauf der Präventionsmaßnahme, weshalb er den Regierungsrat damit beauftragt hat, in Zusammenarbeit mit allen involvierten Stellen eine detaillierte Bilanzstudie zu erstellen. Der Bericht soll im Herbst erscheinen.

Eine Evaluation auf europäischer Ebene steht beim Treffen des Gesundheitsrats am 1. und 2. Juli an. Hierzu sagte Mars di Bartolomeo, er und seine Amtskollegen seien der Meinung, dass „es nicht sein kann, dass eine einzelne Lobby von existenziellen Krisen so enorm profitiert.“

Ob die Gesundheitsminister diese Empörung ernst meinen, wird man daran messen können, ob und mit welcher Gründlichkeit sie für eine Reform der WHO eintreten. Wollen die Politiker keine weitere Kröten der Pharmaindustrie schlucken, müssen sie diese zähmen – wie Edgar Hernandez den Frosch in seiner Hand.